



Beitrittserklärung

Name Vorname

Straße/Hausnummer

Postleitzahl/Wohnort

Telefon Geburtsdatum

Betrieb: Name und Ort

z. Zt. vollbeschäftigt teilzeitbeschäftigt männlich weiblich

Auszubildende/r bis voraussichtlich:

gewerbl. Arbeitnehmer/in Angestellte/r kaufm. techn. Meister

Nationalität Änderung des bisherigen Status

Mitgliedsbeitrag (1% des monatl. Bruttogehalts) ab Monat

geworben durch (Name und Betrieb)

Einzugsermächtigung/Bankverbindung

Kto.Nr. Bankleitzahl

Name des Kreditinstituts

in PLZ Ort

Ich bestätige die erfassten Daten über meine Person sowie den Grund (Zugangsart) für die Eintragung dieser Daten. Ich bin hiermit darüber informiert, dass die IG Metall zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben personenbezogene Angaben über mich mit Hilfe von Computern (automatisiert) verarbeitet. Die für den Beitragseinzug nötigen Daten werden zwischen der IG Metall und dem Geldinstitut – bei Lohnabzug mit dem Arbeitgeber – ausgetauscht (übermittelt). Die Verwaltungsstelle informiert mich auf Wunsch über alle gespeicherten Daten. Hiermit ermächtige ich widerruflich die IG Metall, den jeweils von mir nach § 5 der Satzung zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1% des monatlichen Bruttoverdienstes bei Fälligkeit einzuziehen. Diese Ermächtigung erstreckt sich im Rahmen der von der Ortsverwaltung der IG Metall festgelegten Kassierungsregeln (§ 5 Ziff. 5 Satz 3 der Satzung) sowohl auf den Abruf von meinem Bankkonto, als auch auf den Einbehalt des Betrags durch meinen Arbeitgeber in der jeweiligen Höhe. Dies schließt die Weitergabe der entsprechenden Daten an die IG Metall ein. Dieser Auftrag kann nur schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende bei der Verwaltungsstelle der IG Metall rückgängig gemacht werden. Alle Änderungen oder Unstimmigkeiten, die sich aus diesem Auftrag ergeben, kann ich nur bei der Verwaltungsstelle der IG Metall regeln. Die vorstehenden Daten werden zum Zweck der Mitgliederbetreuung von der IG Metall erhoben und unter Beachtung des BDSG verarbeitet. Weitere Empfänger dieser Daten sind die Service-Center der IG Metall. Den vorstehenden Hinweis zum Datenschutz habe ich zur Kenntnis genommen.

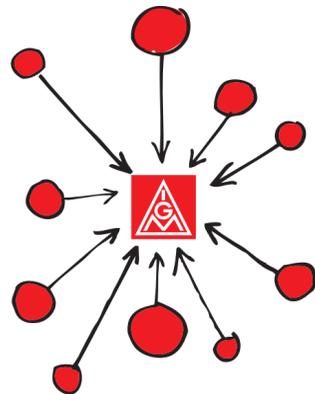
Datum/Unterschrift des Antragstellers/Mitgliedes/Kontoinhabers

Bitte abgeben bei IG Metall-Betriebsräten/-Vertrauensleuten, der IG Metall-Verwaltungsstelle, oder schicken an: IG Metall-Vorstand, Abt. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, 60519 Frankfurt am Main



Im Betriebsräte-Netzwerk Forschung & Entwicklung der IG Metall kommen die Interessenvertreter aus den großen F&E-Zentren der Metall- und Elektroindustrie zusammen.

Die Positionen des Netzwerks fließen in die Politik und Lobbyarbeit der IG Metall ein. Als Betriebsräte aus F&E repräsentieren wir über fünfundfünfzigtausend Beschäftigte.



- ▶ Nehmen Sie Kontakt zu Ihrem Betriebsrat oder zu den Vertrauensleuten der IG Metall auf. Diese werden Ihre Unterstützung und Kenntnisse zu schätzen wissen.
- ▶ Sie wollen sich über unsere Ingenieurs-Arbeit informieren: www.engineering-igmetall.de
- ▶ Sie sind Betriebsratsmitglied und wollen beim Betriebsräte-Netzwerk Forschung & Entwicklung der IG Metall mitmachen: Bitte an peter.kern@igmetall.de wenden
- ▶ Sie wollen unsere 10 Thesen „Mehr Freiraum für Innovationen“ kennenlernen: Bitte an maria.peitz@igmetall.de wenden
- ▶ Sie sind von unserer Arbeit überzeugt und wollen Mitglied werden? Bitteschön: www.igmetall.de/beitreten



Erstunterzeichner

Alber, Samuel, Berechnungsingenieur, Betriebsratsvorsitzender, Modine Europe GmbH, Filderstadt

Becker, Ulrich, Werkstofftechniker, Betriebsrat, Salzgitter Mannesmann Forschung, Duisburg

Beckmann, Friedrich-Karl, Dipl.-Ing., KBR-Vorsitzender, Philips, Hamburg

Behr, Wolfgang, Dipl.-Phys., Betriebsrat, Daimler AG Forschung, Ulm

Behrens, Thomas, Weigt Engineer, Sachverständiger des Betriebsrats, Airbus Operations GmbH, Hamburg

Blank, Hedwig, Dr. Ing., Betriebsratsvorsitzende, Philips Medizinsysteme, Böblingen

Böpple, Elke, Softwareingenieurin, Betriebsratsvorsitzende, Schuler, Weingarten

Brill, Manfred, SW Governance Manager, Betriebsrat, Schneider Electric Automation GmbH, Seligenstadt

Deuschle, Siegfried, Betriebsmittelkonstrukteur, Betriebsrat, Daimler AG Forschung + Entwicklung, Sindelfingen

Fischer, Margit, Industriekauffrau, Betriebsrätin, Continental Automotive GmbH, Wetzlar

Gann Thomas, Dipl.-Ing. Betriebsrat, Robert Bosch GmbH, Stuttgart-Feuerbach

Geiger, Dieter, Software-Teamleader, Stellv. Betriebsratsvorsitzender, Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH, Regensburg

Graefenstein, Andreas, Dipl. Phys., Betriebsrat, Mann+Hummel GmbH, Ludwigsburg

Heinig, Klaus-Peter, Research Engineer, Betriebsrat, Ford Forschungszentrum Aachen GmbH, Aachen

Herschler, Wolfgang, Dipl.-Ing., Betriebsratsvorsitzender, Institut für Luft- und Kältetechnik, Dresden

Kloster, Siebert, Versuchsingenieur, Betriebsrat, Volkswagen AG, Forschung und Entwicklung Wolfsburg

Lawitzke, Hans, Dipl.-Inform., Betriebsrat, Ford Werke GmbH, Köln-Merkenich

Mahnkopf, Jürgen, Dipl.-Ing., Betriebsrat, Volkswagen AG, Forschung und Entwicklung, Wolfsburg

Mai, Wolfgang, Dipl. Päd., Personalberater, Betriebsrat, Siemens AG, Erlangen

Menczer, Michael, Dipl.-Betrieblw., Senior Manager Prozesse und Dokumentation, Betriebsrat, EADS Deutschland GmbH, Ottobrunn

Meyer, Helmut, Dipl.-Math. techn., Stellv. Betriebsratsvorsitzender, Robert Bosch GmbH, Abstatt

Müller, Franz-Josef, Betriebsmittelplaner, VKL-Mitglied, ZF Friedrichshafen AG, Friedrichshafen

Pache, Manfred, Dipl. Ing. (BA), Stellv. Betriebsratsvorsitzender, Dr. Ing. h. c. Porsche AG, Weissach

Petri, Günther, Technischer Mitarbeiter, ABB AG, Forschungszentrum, Ladenburg

Riederer, Robert, IT-Spezialist, Betriebsrat, BMW AG, München

Rochlitz, Axel, Dipl.-Ing., Betriebsrat, IAV GmbH, Gifhorn

Schaffner, Hans-Jürgen, Betriebsrat, Adam Opel AG, Rüsselsheim

Schambach, Marc-Peter, Dr. rer.nat., Dipl. Phys., R&D Software Engineer, Betriebsrat, Siemens AG, Konstanz

Schamel, Ralf, Regulatory Affairs Leader, Germany, Stellv. Betriebsratsvorsitzender, General Electric Medical System Information Technologies

Schapeler, Gottfried, Dipl.-Math., Stellv. Betriebsratsvorsitzender, Alcatel-Lucent Deutschland AG, Stuttgart

Schlossarek, Andreas, Starkstromelektriker, Betriebsratsvorsitzender, GSI Helmholtzzentrum, Darmstadt

Stege, Manfred, Dipl.-Phys. Dr. Ing., Betriebsrat, Daimler AG, Sindelfingen

Weber, Norbert, Industrial Engineer, Stellv. Betriebsratsvorsitzender, Leica Microsystems CMS GmbH, Wetzlar

Zavala, Reynaldo, Dr., Entwicklungsingenieur, Betriebsratsvorsitzender, Alcatel-Lucent AG, Nürnberg

Betriebsräte-Netzwerk
Forschung & Entwicklung der IG Metall:

Für einen Kurswechsel in Forschung und Entwicklung

Acht Thesen zu einer zukunfts-fähigen
Forschungs- und Industriepolitik
in Deutschland



ARBEIT+INNOVATION

Herausgeber:
IG Metall Vorstand,
Berthold Huber, Detlef Wetzels, Bertin Eichler,
Wilhelm-Leuschner-Str. 79,
60329 Frankfurt

FB Betriebs- und Branchenpolitik

Redaktion:
Peter Kern, Dr. Constanze Kurz

Illustrationen:
Rolf Vogt

Produktnummer: 22106-35169

1

Wir brauchen eine öffentliche Debatte über staatliche Forschung und künftige Technologien

Staatliche Forschungsförderung finanziert sich aus öffentlichen Mitteln. Über ihre Zielsetzung findet jedoch keine breite öffentliche Debatte statt:

- **Wohin soll sich die Gesamtgesellschaft entwickeln?**
- **Welche neuen Technologien und Innovationen braucht ein sozial-ökologischer Umbau?**
- **Welche Forschung soll also betrieben werden?**

Die Politik kann die Beantwortung dieser Fragen nicht dem Markt, den Privatunternehmen, den technokratischen Eliten oder den ministeriellen Arbeitsgruppen überlassen, sondern muss alle gesellschaftlichen Gruppen einbinden. Nur auf dem Weg der Bürgerbeteiligung erhalten Forschung und ihre Förderung in einer demokratischen Gesellschaft eine hohe Legitimation.

2

Bund und Länder müssen ihre Investitionen in Forschung und Entwicklung steigern

Nur ein hoher Aufwand für Forschung und Entwicklung (F&E) gewährleistet eine gute Lebensqualität und einen solide finanzierten Sozialstaat. Deutschland muss seine Aufwendungen in F&E steigern.

Es liegt mit weniger als drei Prozent seines Bruttosozialprodukts unter dem selbst gesetzten ‚Lissabon-Ziel‘. Das reicht nicht aus, um im schärfer gewordenen internationalen Wettbewerb mit neuen Produkten und Technologien bestehen zu können.

Der Bund, die Länder und auch die Unternehmen werden deutlich mehr in F&E investieren müssen.



3

Eine vorausschauende Industrie- und Technologiepolitik ist gefordert

Die staatlich geförderte Forschung – ein Drittel der Forschungsaufwendungen insgesamt – begünstigt vor allem Großunternehmen und wird von diesen häufig für ohnehin geplante F&E-Projekte mitgenommen. Es herrscht vielfach das Matthäus-Prinzip „Wer hat, dem wird gegeben.“ Diese Förderpraxis ersetzt keine vorausschauende Industrie- und Technologiepolitik. Dies ist gegenwärtig schmerzlich zu erfahren. So fehlen beispielsweise der alternativen Antriebstechnik als Pendant die entsprechende Energiespeichertechnik und die Forschung dazu. Batterie-Know-how in Deutschland? Früher war man hier weltweit führend, heute muss entsprechendes Wissen mühsam wieder aufgebaut werden. Durch ein wissenschaftlich gestütztes und an gesellschaftlichen Belangen orientiertes Frühwarnsystem ließen sich solche Fehlentwicklungen erkennen und korrigieren.

4

Staatliche Förderung ist an Arbeitsplatzgarantien zu knüpfen

Bei der Gewährung staatlicher Forschungsmittel ist stets zu bewerten und als Entscheidungskriterium einzubeziehen, ob sich die Begünstigten für die Ansiedelung von nachhaltigen Forschungs-, Produktions- und Dienstleistungs-Arbeitsplätzen verbürgen. Es ist nicht akzeptabel, dass Unternehmen staatliche Gelder kassieren und zugleich Arbeitsplätze verlagern. Kritikwürdig ist auch die gängige Praxis, öffentlich geförderte Start-Ups zuzukaufen. So verlagern die Unternehmen ihr unternehmerisches Risiko auf die öffentliche Hand.



5

Forschungsförderung muss den industriellen Strukturwandel bewältigen helfen

Öffentliche Forschungsförderung darf nicht High-Tech-lastig und nur auf Spitzentechnologie und Spitzenforschung fixiert sein. Das wird der deutschen Industrielandschaft nicht gerecht. Auch etablierte industrielle Sektoren wie Stahl-, Elektro-, Automobilindustrie und Maschinenbau haben einen hohen Bedarf an Innovationen. Hier muss der Strukturwandel rechtzeitig angestoßen und durch öffentlich geförderte Konversionsforschung begleitet werden. Der Großteil der Forschungsgelder darf nicht in das fließen, was sich Spitzencluster und Exzellenzinitiative nennt.

6

Technischer Fortschritt und Forschung müssen dem Bedürfnis nach guter Arbeit Rechnung tragen

Die Verbesserung von Arbeitsorganisation und Arbeitsprozessen ist für die staatliche Forschungsförderung derzeit nur von untergeordneter Bedeutung. Diese Forschung ist zu forcieren. Und sie sollte interdisziplinär angelegt sein. Soziologen und Juristen müssen ihr Wissen ebenso einbringen können wie Arbeitsmediziner und Psychologen. Gefragt ist zudem das Expertenwissen der Beschäftigten sowie der Fundus an arbeitspolitischer Erfahrung, über den die Akteure der kollektiven Mitbestimmung verfügen. Technischer Fortschritt muss dem Bedürfnis nach guter Arbeit, umweltfreundlichen Arbeitsplätzen und fairen Leistungsbedingungen Rechnung tragen. Nur an Betriebswirtschaft und Rentabilität orientiert, verliert technischer Fortschritt seinen Sinn.



7

Grundlagenforschung ist als primäre Aufgabe der Universitäten wiederzuentdecken

Grundlagenforschung ist der ‚Brutkasten‘, aus dem die zukunftsträchtigen Basisinnovationen entstehen. Umso besorgniserregender ist, dass Grundlagenforschung in Deutschland heimatlos zu werden droht. Die Unternehmen schieben sie an die Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ab. Die Universitäten wiederum werden vor allem vom Staat unter Druck gesetzt, anwendungsnahe zu forschen. Aus finanzieller Not geben die Hochschulen diesem Druck vielfach nach. Auf der Strecke bleibt die Grundlagenforschung. Sie muss wieder primäre Aufgabe der Hochschulen werden. Nur dann wird sie ihre volle Wirkung als Nährboden von Entdeckungen und Erfindungen entfalten können.

8

Erst ein breiter gesellschaftlicher Konsens verschafft Forschung und Wissenschaft Ansehen und Akzeptanz

Das öffentliche Ansehen von Forschung und Wissenschaft sinkt. Zugleich ist unsere Gesellschaft auf wissenschaftlichen Input existentiell angewiesen. Ein künftiges naturwissenschaftliches Studium darf nicht mehr unter dem Motto stehen: „Nur die Härtesten kommen durch.“ Das schreckt viele, vor allem junge Frauen, ab. Das Anwendungspotenzial von Technik, ihre Risiken und Chancen, müssen in Schule und Studium eine viel größere Rolle spielen. Einen Numerus Clausus in den Masterstudiengängen darf es künftig nicht mehr geben. Das verschärft den Mangel an hochqualifizierten Kräften und verbaut dem Einzelnen die Chance, sich auf höchstem wissenschaftlichem Niveau auszubilden. Indes bleibt das Wichtigste der gesellschaftliche Konsens: Eine Gesellschaft, die weiß, wohin sie sich entwickeln, wie sie mit der Natur pfleglich umgehen und welche Technologien sie dafür erforschen will, wird ihren Naturwissenschaftlern/innen das kollektive Ansehen nicht verweigern.



► Außer Thesen nichts gewesen?

Thesen zur staatlichen Forschungspolitik zu formulieren ist das eine. Aber was hat dies mit dem anderen, der betrieblichen Alltagswelt zu schaffen?

Eine Menge, meinen wir. Die Chance, während des Berufslebens in einem staatlich kofinanzierten Projekt zu arbeiten, ist groß. Vor allem, wenn jemand in einem High Tech- oder Großunternehmen beschäftigt ist. In Klein- und Mittelbetrieben ist diese Chance dagegen deutlich geringer. Staatliche Forschungspolitik wirkt sich auf unsere Arbeitsplätze aus, indem sie aktiv betrieben wird, aber auch dann, wenn vernünftige Förderung unterbleibt.

Es geht uns mit den Thesen um nachhaltige und zukunftsträchtige Jobs in Deutschland. Sie sollen auch mit Hilfe des Staates entstehen. Wir verstehen uns nicht nur als Angestellte eines Unternehmens, sondern auch als Staatsbürger. Und als solche formulieren wir unsere Forderungen und Interessen.

Mehr Mitsprache über künftig zu produzierende Waren, Dienstleistungen und Technologien ist in den Unternehmen geboten. Das gleiche Gebot gilt natürlich auch in einer demokratischen Gesellschaft. Der notwendige Strukturwandel der Industriegesellschaft braucht Einmischung und öffentliche Debatte.

Argumente werden im politischen Raum nur gehört, wenn sie gebündelt sind. Die Meinung des einzelnen - sie mag noch so gut begründet sein - fällt nicht ins Gewicht. Eine Gewerkschaft, die IG Metall, ist der richtige Ort, an dem sich Überzeugungen bündeln lassen. Die IG Metall forciert beide Zukunftsdebatten, die im Betrieb und die in Berlin.

